

Interfraktionelle Interpellation SP, GFL/EVP (Peter Marbet, SP/Janine Wicki, GFL): Mit welchem Spielraum und mit welchen Konsequenzen lassen sich friedenspolitische Forderungen an die Anlagepolitik der PVK umsetzen?

Das Anlagevermögen der Pensionskasse der Stadt Bern (PVK) soll gemäss Artikel 2 Absatz 4 des Personalvorsorgereglements nach „sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien der Nachhaltigkeit“ verwaltet werden. Gemäss Medienberichten investiert die PVK zurzeit einen kleinen Teil in Rüstungsfirmen. Dies sorgt für Unverständnis und ist friedenspolitisch nicht zufriedenstellend. Gleichzeitig ist aber unbestritten, dass die Rentnerinnen der Stadt Bern und der weiteren der PVK angeschlossenen Betriebe wie Bernmobil und ewb einen Anspruch auf ihre zugesicherten Renten haben.

Wir sind der Ansicht, dass die PVK ihre hohen ethischen Ansprüche nach Möglichkeit erfüllen sollte. Aufgrund der technisch sehr komplexen Situation im Bereich des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ist es jedoch schwierig einzuschätzen, welche Auswirkungen eine stärkere friedenspolitische Ausrichtung der PVK (also frei von jeglichen Investitionen in Rüstungsfirmen) auf die Renten der Versicherten haben könnte.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Mit welchen Instrumenten bewirtschaftet die PVK ihr Vermögen?
2. Wie setzt die PVK ihre im Reglement festgehaltenen ethischen Anlagekriterien um?
3. Wie hoch ist der Anteil des Gesamtvermögens sowie der jeweiligen Anlagekategorien, den die PVK in Unternehmen investiert, die Kriegsmaterial und/oder besondere militärische Güter herstellen?
4. Wie lässt sich sowohl bei einer aktiven wie auch einer passiven Bewirtschaftung dieser Anteil reduzieren oder beseitigen?
5. Mit welchem Aufwand und welchen Kosten wäre eine Umstellung verbunden, die sicherstellt, dass keine Anlagen in Unternehmen, die Kriegsmaterial und/oder besondere militärische Güter herstellen, im Portfolio der PVK verbleiben? Wie setzen sich diese Kosten zusammen?
6. Welche Auswirkungen hätten diese Anpassungen auf die aktuellen und die zukünftigen Renten und die anderen Leistungen der Versicherten?
7. Welche konkreten Einflussmöglichkeiten haben die städtischen Behörden auf die Anlagestrategie der PVK?
8. Welche konkreten Einflussmöglichkeiten haben die städtischen Angestellten auf die Anlagestrategie der PVK?

Bern, 30. Juni 2016

Erstunterzeichnende: Peter Marbet, Janine Wicki

Mitunterzeichnende: Ingrid Kissling-Näf, Marco Robertini, Annette Lehmann, Michael Burkard, Nadja Kehrl-Feldmann, Katharina Altas, Johannes Wartenweiler, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Bettina Stüssi, Stefan Jordi, Lukas Meier, David Stampfli, Lena Sorg, Marieke Kruit, Patrizia Mordini, Benno Frauchiger, Martin Krebs, Lukas Gutzwiller, Marcel Wüthrich, Danielle Cesarov-Zaugg, Patrik Wyss, Peter Ammann, Marco Pfister, Claude Grosjean, Christa Ammann, Luzius Theiler, Mess Barry